

„Welche Einschätzung der Bedrohung ist denn nun die angemessene?“



Dr. Gregor Daschmann, Jahrgang 1962, hat Publizistikwissenschaft, Politikwissenschaft und Psychologie studiert. Anschließend absolvierte er ein Redaktionsvolontariat beim SWF Baden-Baden und arbeitete als landespolitischer Korrespondent der Aktuellen Redaktion des SWF-Fernsehens. 1995 kehrte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zurück an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2006 ist er dort Professor für Medienstruktur und Medienwirkung, seit 2014 Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften, Medien und Sport.

>k: Herr Professor Daschmann, Sie sind nicht nur Medienwissenschaftler, sondern auch gelernter Journalist. Macht Sie das nicht voreingenommen gegenüber so mancher Fehlleistung im Journalismus?

Da kann ich Sie beruhigen: In dieser Hinsicht bin ich unverdächtig. Mein Wechsel vom Journalismus hin zur Wissenschaft entsprang ja genau zwei Motiven: Zum einen dem Unbehagen, das ich als Journalist bei bestimmten medialen Formaten verspürte; zum anderen dem damit verbundenen Bedürfnis, auch medienkritische Forschung machen zu können.

>k: Worin sehen Sie die besonderen Leistungen der Nachrichtenmedien in der Coronakrise?

Die besondere Leistung besteht meiner Meinung nach darin, dass Sachverhalte verständlich gemacht wurden, die die meisten Journa-

listen vermutlich noch im Februar als „unvermittelbar“ bezeichnet hätten. Was es bedeutet, „eine Kurve abzuflachen“, also die zeitliche Streuung eines Ereignisverlaufs zu spreizen; was es mit Reproduktionszahlen, Verdopplungszeit und dem Verhältnis von Testdurchgängen zu bestätigten Tests auf sich hat – das alles sind für die meisten Menschen ja böhmische Dörfer. Und die Berichterstattung hat es geschafft, diese Aspekte im Lauf der Krise quasi zur Allgemeinbildung werden zu lassen.

>k: Welche Medien haben sich nach Ihrer Beobachtung besonders positiv hervorgetan? Und gibt es Informationsformate in den Medien, die vorbildlich waren?

In der Gunst des breiten Publikums waren die großen Nachrichtensendungen der Öffentlich-Rechtlichen die klaren Gewinner. Ende März gaben zwei Drittel aller Bürger in einer repräsentativen Erhebung an, sich während der Krise dort am häufigsten zu informieren. Und vorbildlich ist meiner Ansicht nach das NDR-Corona-Update mit Professor Drosten. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals zuvor ein auf ein Wissenschaftsthema fokussiertes Format in der öffentlichen Debatte so eine Aufmerksamkeit erhalten hat wie dieser Podcast. Ich würde mir eine solche mediale Präsenz der Wissenschaft auch bei anderen Themen wünschen.

>k: Wie beurteilen Sie die von Fachkollegen formulierte Kritik, die Medien hätten zunächst so konsonant und einseitig berichtet, dass die Politik der Bundesregierung schlicht „alternativlos“ erschien?

Man kann in den Medien mehrere Phasen unterscheiden. Zuerst der Aufbau der Krise im Januar: hier gab es durchaus heterogene Berichterstattung. Von der Verharmlosung über das nüchterne Abwägen bis hin zur Dramatisierung war alles zu finden. Mit der Verordnung des Lockdowns trat die Nachrichtengattung tatsächlich in eine ungewöhnlich homogene Phase ein. Dies änderte sich in der Woche nach Ostern, als die Handelnden mehrfach die Antwort schuldig blieben, welches Konzept man nun eigentlich verfolgt, und gleich-

zeitig auch die Debatte im Parlament aufflamte. Seitdem ist der Medientenor wieder deutlich vielfältiger geworden – und seit der Übergabe der Zuständigkeit an die Ministerpräsidenten haben wir nun ein noch heterogeneres Meinungsbild.

>k: Wie kam es zu dieser homogenen Phase?

Die homogene Phase ist auf den ersten Blick ungewöhnlich und an sich auch wenig begrüßenswert, weil die mediale Repräsentanz von Meinungsvielfalt eine wichtige Voraussetzung für die Demokratie ist. Allerdings muss man hierbei bedenken: Zum einen findet man in Zeiten von Krisen und Bedrohungen häufig ein Einpendeln der Medien auf eine vorherrschende Deutung der Ereignisse – nehmen Sie als Beispiele 9/11 oder Tschernobyl. Es gibt eben Sichtweisen, die erscheinen plausibler und beitriffsfähiger als andere. Da geht es den Journalisten kaum anders als der Bevölkerung. Zum anderen bedeutet eine homogene Berichterstattung keinesfalls, dass diese Homogenität bewusst oder gar durch Absprache hergestellt wird. Aus vielen großen Redaktionen kann man hören, wie intensiv und kritisch man sich dort mit den politischen Maßnahmen auseinandergesetzt hat. Und dann hat man in den meisten Redaktionen – und zwar jede Redaktion für sich und völlig unabhängig voneinander – irgendwann die Entscheidung getroffen, dass man den Weg des Lockdowns zu diesem Zeitpunkt für den plausibelsten hält. Hat man eine solche Entscheidung getroffen, findet man sich im Zusammenhang mit einem von der Politik verordneten Lockdown, der die weitere Ausbreitung einer Epidemie verhindern soll, plötzlich in einem Dilemma wieder: Man weiß, dass ein solcher Lockdown nur dann einen epidemiologischen Effekt haben kann, wenn sich möglichst alle Menschen daran halten. Das hieße, den Lockdown durch Information zu unterstützen – auch auf die Gefahr hin, damit unkritisch zu wirken. Oder, das wäre die Alternative, man begleitet diese Maßnahme durch kritische Berichterstattung – auf die Gefahr hin, dass man den Lockdown damit untergräbt und die Epidemie sich dann weiter ausbreitet.

>k: Und wie löst man dieses Dilemma?

Wie bei jedem Dilemma: Man trifft eine Entscheidung, die nicht optimal ist, und muss

damit leben. Die meisten Medien haben sich für die erste Haltung, also die Unterstützung des Lockdowns, entschieden – wohl auch, weil sie den potentiellen gesellschaftlichen Schaden einer möglichen Fehlentscheidung im ersten Fall geringer einschätzten. Insofern kann man konstatieren, dass die kritisierte Homogenität der Berichterstattung nicht durch Nachlässigkeit oder Absprache, sondern durch verantwortungsvolles Abwägen zustande kam. Dies traf insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Sender zu, die laut ihren Statuten auch eine Integrationsfunktion erfüllen müssen – die also Gesellschaft ermöglichen und nicht spalten sollen. Doch auch wenn man das alles nachvollziehen mag: Die homogene Berichterstattungsphase hat auch ungewollte Nebenwirkungen – die Medien haben sich und der öffentlichen Debatte mit ihrem homogenen Kurs also nicht unbedingt einen Gefallen getan. Denn eine Minderheit in der Bevölkerung, die – aus welchen Gründen auch immer – an der Pandemie oder an den Maßnahmen dagegen oder an beidem zweifelt, fühlte sich in den Medien nun nicht mehr repräsentiert – und machte dann auf eigenen Hygienedemonstrationen auf sich aufmerksam. Einen solchen Effekt der medialen Nichtrepräsentanz von Teilmeinungen auf politische Mobilisierung haben wir ja schon einmal erlebt, bei der Pegida-Bewegung.

>k: Könnte an dem Vorwurf, die Medien hätten mehr Angst und Schrecken geschürt, als für eine den besonderen Umständen angemessene Berichterstattung nötig gewesen wäre, nicht doch etwas dran sein?

Die Verbreitung von Angst und Schrecken habe ich – außer in den Boulevard-Formaten, die ja immer marktschreierisch unterwegs sind – eigentlich weniger wahrgenommen. Zudem ist ja die Gretchenfrage: Welche Einschätzung der Bedrohung ist denn nun die angemessene? Die Zahl der aktuell infizierten, also der Menschen, die aktuell infiziert und ansteckend sind, war in Deutschland kontinuierlich angestiegen – bis zum 6. April. An diesem Tag ist die Kurve gekippt, und seitdem sinkt diese Zahl. Meiner Lesart nach spricht das dafür, dass der Lockdown vom März deutliche Früchte getragen

hat – exakt zwei Wochen nach seinem Beginn. Das war genau die Latenzzeit, die zuvor dafür kommuniziert worden war. Ich halte daher den Lockdown noch immer für eine Maßnahme, die notwendig war und den epidemiologischen Verlauf in Deutschland deutlich entschärft hat. Es gibt Mitmenschen, die dies anders sehen – aber wenn man die Kurvenverläufe der Epidemie in Deutschland mit vielen europäischen Ländern und den USA vergleicht, legt dies doch nahe, dass hier zum richtigen Zeitpunkt richtig gehandelt worden ist. Den auf den Lockdown folgenden unklaren politischen Kurs sehe ich allerdings durchaus kritisch.

>k: Zum Eindruck, die Medien würden sich auf Verlautbarungsjournalismus beschränken, statt Informationen gut verständlich aufzubereiten und kritisch zu hinterfragen, haben auch die täglich verbreiteten Statistiken und Zahlen zum Infektionsverlauf beigetragen. Können Risiken so realistisch eingeordnet und bewertet werden?

Wenn man die Lage objektiv und wissenschaftlich bewerten will, geht es nicht ohne Zahlen. Allerdings sind Statistiken ein sehr zähes Lernmaterial, das wissen wir aus der Forschung nur allzu gut. Wenn 500 von 1.000 überleben, finden viele Menschen das tatsächlich positiver als wenn 500 von 1.000 sterben. Die meisten Menschen können eben Risiken und Wahrscheinlichkeiten nur schwer abschätzen. Sie orientieren sich stattdessen an Einzelfällen. Wenn ein Bekannter auf die Intensivstation muss, beeinflusst das ihre Risikowahrnehmung stärker als jede Statistik. Aber gerade vor diesem Hintergrund ist der tägliche Nachrichten-Zahlensalat der Coronakrise kaum zielführend. Die seit Wochen herumgeisternde kumulative Zahl der Infizierten beispielsweise ist kaum geeignet, Entspannung auszudrücken: Diese Zahl kann ja nie sinken. Es hat schon recht lange gedauert, bis die mittlerweile deutlich sinkende Zahl der Infizierten die Nachrichtenredaktionen erobern konnte.

>k: Wie bewerten Sie die Krisenkommunikation der Bundesregierung und der Landesregierungen? Was lief und läuft

nach Ihrer Einschätzung gut, was nicht so gut?

Die emotionalen und eindringlichen Appelle vor allem der Kanzlerin zu Beginn des Lockdowns waren mit Sicherheit gut gesetzt, um die große Mehrheit der Bevölkerung für die Maßnahmen zu gewinnen. Allerdings wurde ein Teil der Zustimmung dann durch eigene Fehler verspielt. Problematisch war vor allem, dass man während des Lockdowns mehrfach die Parameter gewechselt hat, anhand deren man die Lage einschätzt. Von der Verdopplungszeit über die Reproduktionszahl bis hin zur Zahl der aktuell Infektiösen. An sich bedeutet das zwar noch keinen Kurswechsel, denn diese Parameter sind quasi austauschbar, da sie mathematisch alle Teile derselben Gleichung sind, die die Ausbreitung des Virus beschreibt. Aber in der Bevölkerung wurde das so nicht wahrgenommen. Hier herrschte das Missverständnis vor, es würden fortwährend die Pferde gewechselt. Verschärft wurde diese Wahrnehmung dadurch, dass innerhalb der Parameter – vor allem bei der Reproduktionszahl – dann mehrfach die Messlatte höher gelegt wurde. Natürlich muss man den Handelnden in einer solchen Krise – den Wissenschaftlern wie der Politik – zugestehen, dass sie eine Lernkurve durchlaufen und daher auch in den Kriterien nachjustieren –, vielleicht ist das ja sogar geradezu ein Ausdruck professionellen Krisenmanagements, dass man dazu lernt und dieses Lernen auch umsetzt. Aber dann muss man hierfür auch die Gründe kommunizieren, um nicht den Eindruck von Willkür oder Planlosigkeit zu erwecken.

>k: War das das einzige kommunikative Versäumnis?

Leider nein. Noch deutlichere Mängel sehe ich bei der Kommunikation um die Notwendigkeit des Lockdowns. Die Verantwortlichen haben zwar immer an das vernünftige Verhalten der Bürger appelliert – man hat aber gleichzeitig versäumt, stichhaltig zu verdeutlichen, welche Erfolge das bisherige Handeln hatte, beispielsweise der schon erwähnte Effekt auf die Zahl der aktuell Infektiösen. Diese Zahlen waren seit Mitte April verfügbar. Meiner Ansicht nach hat man versäumt, diesen Effekt offensiv zu kommunizieren. Was denjenigen in die Hände spielte, die die Botschaft verbreiten wollen, das Virus sei gänzlich ungefährlich und der Lockdown völlig überflüssig.

>k: Machen es die Ministerpräsidenten besser als die Bundesregierung?

Mitnichten. Natürlich sind die Ministerpräsidenten qua Gesetz zuständig, und es ist nachvollziehbar, dass jeder von ihnen diese Möglichkeit nutzen will, sich als entscheidungsstarken Krisenmanager zu inszenieren. Das gilt für alle, nicht nur für die potentiellen Kanzlerkandidaten. Insofern war die Übergabe an die Länder wohl unvermeidbar. Aber aus Sicht einer ganzheitlichen Krisenkommunikation war es meines Erachtens ein riesiger Fehler, den Stab nach unten weiterzugeben. Wie war es zuvor? Die Stellungnahmen der Bundesregierung wurden gehört, hatten Gewicht und waren nicht wegzudenkender Bestandteil der Hauptnachrichtensendungen. Nun haben wir eine tiefere Kommunikationsebene mit geringerem Nachrichtenwert. Die Ministerpräsidenten finden nur am Rande in den bundesweiten Nachrichten statt. Hinzu kommt nun noch die Verwirrung durch unterschiedliche Maßnahmenkataloge. Die Folge: Der Kommunikationsdruck sinkt, Ratlosigkeit entsteht. Dabei hätte man ja durchaus epidemiologisch lokal oder regional handeln, aber national die Kriterien hierfür steuern und kommunizieren können.

>k: Angesichts der zunehmenden Proteste gegen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Einschränkungen in vielen Bereichen der Wirtschaft: Sehen Sie da überhaupt noch eine Chance für solidarisches Verhalten, falls es zu einer zweiten Infektionswelle kommt?

Viele Mediziner gehen von einer zweiten Welle im Herbst aus, wenn wieder feucht-kalte Bedingungen herrschen. Ich persönlich halte das für durchaus plausibel. Und ich befürchte, dass eine zweite Welle uns schlimmer treffen wird, da wir dann weder die finanziellen noch die psychologischen oder sozial-solidarischen Ressourcen haben, um dem in gleicher Art und Weise zu begegnen. Aber ich bin kein Epidemiologe, das ist nur meine persönliche Einschätzung. Und ich hoffe, ich habe unrecht.

Die Fragen stellte Gero Kalt. Das Gespräch fand am 26. Mai 2020 statt